

21. Mai 1991

067

An den

Herrn Präsidenten a. d. D.Betr.: SCHALCK-GOLODKOWSKI;

hier: Wiederaufnahme des Kontaktes zu SCHALCK-GOLODKOWSKI

Aufgrund der bevorstehenden Einrichtung eines Untersuchungsausschusses bitte ich um Überprüfung, ob die Weisung zu SCHALCK-GOLODKOWSKI, keinen Kontakt zu unterhalten, auch unter den veränderten Bedingungen aufrechterhalten wird.

Begründung:

1. Präsident Dr. WIECK hat dem Ehepaar SCHALCK-GOLODKOWSKI persönlich zugesichert, daß es sich auch nach Abschluß der Befragungen an den BND wenden dürfe.
Herr SCHALCK-GOLODKOWSKI tat dies zuletzt am 06.05.91, als er telefonisch dem BvD mitteilte, daß er für Hinweise oder Mitteilungen des BND bezüglich des zu erwartenden Untersuchungsausschusses bereit sei.
2. Wie SCHALCK-GOLODKOWSKI bereits mehrfach betonte, wird er in einem Untersuchungsausschuß aussagen und sich nicht auf sein mögliches Aussageverweigerungsrecht berufen.

3. Es ist zu erwarten, daß der Untersuchungsausschuß nicht in der Lage sein wird, strafrechtlich verwertbare Fakten nachzuweisen, wie dies auch von der Berliner Justiz-Senatorin Jutta LIMBACH gegenüber dem Nachrichtenmagazin "STERN" geäußert wurde (STERN-Ausgabe vom 16.05.91).
4. Es ist daher zu befürchten, daß der Untersuchungsausschuß sich verstärkt zum Thema SCHALCK-GOLODKOWSKI - BND widmen wird.
Eine Auskunft SCHALCK-GOLODKOWSKIs, daß er seit Ende Februar 1991 trotz mehrfachen Bemühens und im Vertrauen auf eine Zusage des Präsidenten, Dr. WIECK, keinen Kontakt mehr zum BND gehabt hat, wäre mehr als geeignet, daß latent vorhandene und von Presse und einigen Parlamentariern geschürte Mißtrauen zu verstärken.
5. Mit der Aussage SCHALCK-GOLODKOWSKIs, daß er gegen seinen Willen, auf Bitten des BND, im Auftrag von Staatsminister STAVENHAGEN, bereit war, sich den Fragen des Volkskammer-Abgeordneten GEISTHART zu stellen, muß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gerechnet werden. Die Unterredung ging im Wesentlichen um die mögliche STASI-Vergangenheit des letzten DDR-Ministerpräsidenten.
6. Nicht auszuschließen ist ferner, daß SCHALCK-GOLODKOWSKI gezwungen wird, zu Erkenntnissen über innerdeutsche Angelegenheiten Aussagen zu machen, die in Erzählungen SCHALCK-GOLODKOWSKIs, im Rahmen der Betreuung erwähnt wurden und mangels Auftrag/Interesse nicht abgeschöpft und deshalb nicht aktenkundig gemacht worden sind.


(Dr. BURGDORF)